

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Maßnahmen zur Transparenz und Verbraucherinformation bei Reduzierung der Produktgröße oder -menge bei gleichbleibendem Preis („Shrinkflation“)

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung für Maßnahmen zu mehr Transparenz und Verbraucherinformation bei Reduzierung der Produktgröße oder -menge bei gleichbleibendem Preis („Shrinkflation“) einzusetzen.

- Eine Anpassung der Grundpreisauszeichnung:
Novellierung des Preisauszeichnungsgesetzes, insbesondere des § 10a, im Sinne des Konsumentenschutzes, mit der eine deutliche Sichtbarkeit des Preises je Maßeinheit sichergestellt wird. Etwa durch die Einführung einer Mindestschriftgröße des Grundpreises bei der Preisausschilderung, sowie einheitliche Bezugsgrößen für eine bessere Vergleichbarkeit für Verbraucher
- Stärkung der Verbraucherbildung:
Förderung von Informationskampagnen durch unabhängige Verbraucherorganisationen, um das Bewusstsein der Bevölkerung für „Shrinkflation“ und ähnliche Praktiken zu schärfen und zu ermöglichen, informierte Kaufentscheidungen zu treffen.
- Mogelpackungen wirksam verhindern
Effektive Begrenzung des maximal zulässigen Luftanteils in der Produktverpackung, um Konsumentinnen und Konsumenten durch Mogelpackungen nicht zu täuschen. Durch die Verhinderung von übergroßen Verpackungen werden zudem wertvolle Rohstoffe geschont und Verpackungsmüll reduziert.

Begründung

Die Lebenserhaltungskosten in Österreich sind weiterhin sehr hoch und die Finanzsituation vieler Haushalte angespannt. Viele Menschen müssen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für das tägliche Leben ausgeben. In den letzten Jahren ist vermehrt das Phänomen der sogenannten „Shrinkflation“ zu beobachten. Dabei reduzieren Hersteller die Füllmengen von Produkten, während

die Verpackungsgröße und der Preis unverändert bleiben. Dies führt dazu, dass Konsumentinnen und Konsumenten für den gleichen Preis weniger Inhalt erhalten, ohne dass dies auf den ersten Blick ersichtlich ist.

Diese Praxis erschwert es Konsumentinnen und Konsumenten, informierte Kaufentscheidungen zu treffen und untergräbt das Vertrauen in Hersteller. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf, um auf Bundes- und europäischer Ebene Transparenz zu schaffen und Konsumentinnen und Konsumenten besser zu schützen. Diese gesetzlichen Anpassungen, um der "Shrinkflation" entgegenzuwirken, tragen auch dazu bei, Verpackungsmüll zu reduzieren.

Linz, am 30. Juni 2025

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Vukajlović, Hemetsberger, Engl, Mayr, Bauer, Ammer

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Froschauer, Mader, Rathgeb, Stanek, Mühlbacher, Baschinger, Raffelsberger, Manhal, Scheiblberger, Lengauer, Weber, Zehetmair, Grünberger, Angerlehner

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Klinger, Handlos, Schießl, Graf, Hofmann, Mahr, Fischer, Gruber, S. Binder, Dim, Kroiß

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Strauss, Wahl, Knauseder, Schaller, Heitz, Höglinger, P. Binder, Engleitner-Neu, Margreiter, Antlinger, Haas

(Anm.: Fraktion der MFG)

Krautgartner, Häusler

(Anm.: NEOS-Fraktion)

Eypeltauer, Bammer